

Wend-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang

Postverlagssort: Bocholt.
Postverlandort: Dorimund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 341

Freitag, den 10. Dezember 1937

Jahrgang 1937

Gemeinschaft und Persönlichkeit.

Reichspresschef Dr. Dietrich über das Problem unserer Zeit.

Eine Rede vor den deutschen Studenten.

▼ Berlin, 9. Dezember.

Der Reichsstudentenführer veranstaltete heute in der Neuen Aula der Universität zu Berlin eine große Kundgebung der deutschen Studenten, zu der die Vertreter der deutschen Studentenschaft aus dem ganzen Reich nach Berlin kamen. Im Mittelpunkt dieser Kundgebung stand ein Vortrag des Reichspresschefs Dr. Dietrich über „Gemeinschaft und Persönlichkeit — Das Problem unserer Zeit“.

Reichspresschef Dr. Dietrich ging in seiner Rede davon aus, daß

die totale nationalsozialistische Revolution nicht nur den politischen Zustand geändert, sondern das ganze Volk, sein Leben, seine Kultur und die geistige Antriebskraft seines Handelns umgewandelt habe.

Die nationalsozialistische Revolution, so erklärte Dr. Dietrich, ist eine Revolution des Denkens! Sie hat das individuelle Denken durch das Gemeinschaftsdenken ersetzt. Das neue Denken, das unser Leben ganz neu grundlegend und neu, ungeheure Auswirkungsmöglichkeiten erschließt. Aus den Notwendigkeiten des praktischen Lebens heraus ist durch die nationalsozialistische Revolution ein weltanschaulicher Durchbruch vollzogen worden, der einen Denkfehler von Jahrhunderten fortgerückt!

Es war ihrem Schicksal entgangen, daß der Mensch als isoliertes Wesen nicht existieren kann, daß er in allen seinen Handlungen Kollektivwesen ist, daß sein Leben sich nur in der Gemeinschaft verwirklicht, in der naturgebundenen Gemeinschaft eines Volkes, einer Rasse, einer Nation, deren Glied er ist.

Die Gemeinschaft als Grundlage des Erkenntnis.

Sie hatten nicht erkannt, daß nicht individualistisches, sondern nur gemeinschaftliches, gemeinschaftsbewusstes Denken uns die Welt des menschlichen Zusammenlebens erschließen kann.

In der Gemeinschaft des Volkes, in der Idee der Rasse die Grundlage unseres Denkens und Handelns erkannt zu haben, ist die große epochale Entdeckung des Nationalsozialismus, die keine Vorläufer hat.

Der Wandel der Begriffe.

Nehmen Sie — so erklärte Dr. Dietrich — die verschiedensten Gebiete unseres heutigen Lebens, und Sie werden überall das gleiche finden:

Der Begriff der Politik hat durch das gemeinschaftsbewusste nationalsozialistische Denken einen ganz neuen Sinn bekommen.

Der volkspolitische Staatsgedanke, der hier erstmals in der Geschichte verwirklicht worden ist, hat staunenswerte praktische Wirkungen erzielt: In vier Jahren hat der Führer mit ihm ein ganzes Volk von innen und außen her befreit, eine bemühte und unterdrückte Nation wieder zur Weltgeltung emporgeführt.

Das nationalsozialistische Denken hat weiter einen völligen Wandel der Wirtschaftsbegriffe vollzogen. Es hat ein neues wirtschaftliches Denken hervorgebracht, das heute im Vierjahresplan erst in seinen ersten Auswirkungen hervortritt; es ist berufen, zum ersten Mal in der Welt die wirtschaftliche Vernunft ohne Rücksicht auf wie immer geartete selbsttätige Interessen zum Siege zu führen. Das nationalsozialistische Denken hat auch dem Begriff des Sozialismus zum ersten Mal einen lebensvollen Inhalt gegeben.

Es hat uns weiter den Begriff wahrer Kunst wiedergegeben und erschlossen; denn es hat uns das Schönheitsideal der Gemeinschaft als den strahlendsten Ausdruck der Seele unseres Volkes wieder vor Augen gestellt.

Das Problem unserer Zeit.

Dr. Dietrich wandte sich dann der Kernfrage seines Themas, dem Verhältnis von Gemeinschaft und Persönlichkeit zu: „Wie ist Persönlichkeit, wie ist persönliche Freiheit innerhalb gemeinschaftlicher Gebundenheit möglich?“

Die Lösung durch den Nationalsozialismus.

„Diese Frage“, erklärte Dr. Dietrich, „ist in der Tat das Problem unserer Zeit. Und es ist für mich und wohl für alle, denen Erkenntnis und Klarheit über den Sinn des Lebens Lebensnotwendigkeit sind, ein beglückendes Gefühl, daß die nationalsozialistische Weltanschauung nicht nur eine Antwort zu geben vermag, sondern auch unserm Erkennen die tiefste und unangenehmste Lösung dieses Schlüsselproblems bietet. Ich will versuchen, diese Lösung heute auf der geistigen Ebene zu formulieren.“

Das Problem von „Bindung und Freiheit“, „Gemeinschaft und Persönlichkeit“ erfährt den grundlegenden Zusammenhang allen sozialen Lebens überhaupt.

Erst die nationalsozialistische Weltanschauung als ganz neues gemeinschafts- und rassebewusstes Denken greift tief genug in die Gemäße unseres Seins hinunter, um die Gegenläufige aufzuheben, um Gemeinschaft und Persönlichkeit als polare wechselseitig wirkende Einheit aus einer Wurzel zu entwickeln.

„Persönlichkeit und Freiheit“ sind von jeher die tragenden Grundbegriffe, die Säulen des individualistischen Denkens gewesen. Sie sind auch heute noch die Kräfte, die den Liberalismus uns immer wieder als Beweis für die Richtigkeit seines Denkens präsentieren. Sprechen wir zunächst von der Persönlichkeit. Persönlichkeit, so sagen sie, ist gegründet in der Individualität, ist individualistisches Denken, sie gehört in die Sphäre des einzelnen, nur in ihr kann sie wirken und in ihr sich zur einseitigen Höhe ihrer Leistung erheben.“

„Es klingt so wahr und ist doch so falsch! Soviel Worte, soviel Irrtümer!“

Es ist nicht wahr, daß Persönlichkeit ein individualistischer Begriff ist. Es ist nicht wahr, daß die Persönlichkeit in der Individualität ihren Lebens- und Wirkungsbereich hat. Persönlichkeit ist kein Individualbegriff, sondern ihrem ganzen Wesen nach ein Gemeinschaftsbegriff. Und zwar ein gerade für die Gemeinschaft typischer Begriff, denn Persönlichkeit kann nur auf dem Boden der Gemeinschaft wachsen.

Die Gemeinschaft ist es, und nur sie ist es, die den Titel Persönlichkeit verleiht.

Persönlichkeit ist man nicht dadurch, daß man sich selbst einbildet es zu sein. Persönlichkeit ist man nur durch Leistung innerhalb und für die Gemeinschaft. Persönlichkeit nennen wir ja nur den, der sich für die Gemeinschaft besonders verdient gemacht hat. Eine Leistung, die jemand für sich selbst vollbracht hat, und sei sie noch so groß, macht einen Menschen noch nicht zur Persönlichkeit.

Dr. Dietrich wandte sich dann der zweiten Säule des individualistischen Denkens, dem Problem der Freiheit, zu, um den individualistischen Freiheitsbegriff, der nach wie vor die Köpfe verwirrt und die Hirne vernebelt, auch erkenntnistheoretisch an die Wurzel zu gehen. Dem Argument des Individualismus, Freiheit sei die Ergebung der menschlichen Rechte, stellte er das Wort des griechischen Weisen Aristoteles entgegen: „Das Volk ist eher der Natur nahe als der einzelne.“

Ein Freiheitsbegriff, der nicht aus der Gemeinschaft abgeleitet wird, ist a priori falsch

und für jegliche Erkenntnis auf dem Gebiet des menschlichen Zusammenlebens undenkbar.

Es würde nicht lebensbejahend, sondern lebenszerstörend. Deshalb sei auch die sogenannte „individuelle Freiheit“, wie ihre Apostel so leicht und selbstverständlich behaupten, nicht etwas, was den Menschen etwa von Natur aus gegeben wäre. Von Natur aus sei ihm das Gemeinschaftsbewußtsein gegeben, das Wissen, das Bewußtsein für die Gemeinschaft, in der er geboren sei. Der individualistische Freiheitsbegriff aber wolle die Freiheit des Einzelnen von dieser Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, Freiheit „von“ sei individualistischer Freiheit, sei Zügellosigkeit und Willkür, die zur Anarchie führe, Freiheit „wozu“ dagegen schöpferische Freiheit, die Freiheit der Persönlichkeit, die Freiheit des für die Gemeinschaft schöpferischen Menschen. Sie allein sei die wahre Freiheit und verdiene diesen Namen.

Diesen echten Begriff der Freiheit habe die nationalsozialistische Revolution des Denkens klar in unser Bewußtsein treten und lebendige Wirklichkeit werden lassen.

In Freiheit handelt, wer seinem Wesen gemäß handelt! Das Wesen der Menschen aber liegt in ihrer Art begründet, in ihrem vollen Charakter, in ihrer Raschheit, in ihrer Kraft, in ihrer Willensstärke, wie es Kelsen ausgedrückt. Nun verstehen wir nicht, wenn er in seiner dritten Rede an die deutsche Nation sagt:

„Dies ist die eigentliche Bestimmung des Menschen: glücklich zu sein auf der Erde, das es mit Freiheit zu tun macht, was es eigentlich ursprünglich ist.“

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Sitzung des Reichskabinetts.

Entschädigung von Gläubigern aufgelöster Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Weiterberatung des Strafgesetzentwurfs.

▼ Berlin, 9. Dezember.

Das Reichskabinett trat am Donnerstagmorgen um 10 Uhr zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahre zusammen, um eine Reihe von Gesetzesvorlagen zu beraten.

Zunächst wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg angenommen, durch das nach Bildung der Einheitsgemeinde Hamburg die Abgrenzung zwischen der staatlichen Verwaltung (bzw. dem Reich) und der Gemeindeverwaltung vorgenommen wird.

Ein Gesetz zur Verlängerung der Vorschriften über die Reichsfinanzsteuer schließt einige Lücken auf diesem Gebiete und verlängert die Geltungsdauer des Gesetzes um ein weiteres Jahr.

Ein Gesetz über die 31. Veränderung des Besoldungsgesetzes, durch das gewisse Veränderungen bei der Abgrenzung zwischen einigen Besoldungsgruppen herbeigeführt werden, trägt einigen im Laufe der Zeit entstandenen Bedürfnissen verschiedener Reichsverwaltungen Rechnung.

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Spar- und Girokassen; kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen vom 13. Dezember 1934 wird die Geltungsdauer dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1939 verlängert.

Das Reichskabinett gab schließlich einem Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Uebergang von Vermögen seine Zustimmung, durch das Entschädigungen für solche Personen festgelegt werden, die durch die Einziehung staatsfeindlichen Vermögens oder durch den Uebergang von Vermögen der früheren Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände auf die Deutsche Arbeitsfront einen mittelbaren Vermögensnachteil erlitten haben. Insbesondere handelt es sich um Entschädigungen von Gläubigern dieser aufgelösten Verbände. Die Entschädigungen werden in einem besonderen Feststellungsverfahren festgelegt.

Wann wandte sich das Reichskabinett der Weiterberatung des Entwurfs eines deutschen Strafgesetzes zu, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzog.

Förderung der frühehe der Junglehrerschaft.

Besoldungsmaßnahmen in Preußen.

▼ Berlin, 9. Dezember.

Die Bevölkerungspolitischen Ziele des nationalsozialistischen Staates erfordern Maßnahmen auf dem Gebiete der Besoldungsrechts, die geeignet sind, die frühehe und damit eine Vorbedingung der linderreichen Familien innerhalb der Beamten- und Lehrerschaft zu fördern.

Um jungen Lehrern den Entschluß zu früherer Einschließung zu erleichtern, hat das Preussische Staatsministerium vor kurzem in Anlehnung an eine bestehende reichsrechtliche Regelung ein Gesetz über die Erhöhung der Dienstbezüge der verheirateten Schulaufsichtsbewerber beschlossen. Durch dieses Gesetz, das rückwirkend zum 1. April 1937 in Kraft tritt, wird die Besoldung für die verheirateten Bewerber im Volksschuldienst und im Berufsschuldienst geregelt.

Die verheirateten im Volksschuldienst auftragsweise in freien planmäßigen Schulklassen vollbeschäftigten und einseitigen angestellten Lehrer, sowie die verheirateten in nichtfreien Stellen auftragsweise oder vertretungsweise vollbeschäftigten Lehrer erhalten im ersten und zweiten Vergütungsdiensjahre die Grundvergütung des fünften Vergütungsdiensjahres, von Beginn des dritten Vergütungsdiensjahres an eine Grundvergütung in Höhe des Anfangsgrundgehaltes der endgültig angestellten Lehrer. Nach Ablauf dieser Zeit rücken sie im Grund-

gehalt in gleicher Weise auf, wie wenn sie als Lehrer endgültig angestellt worden wären.

Demnach würden verheiratete Schulaufsichtsbewerber, die bisher einen Jahresvergütungslohn von 2000 Mark erhielten, 2600 Mark erhalten. Schulaufsichtsbewerber, die bisher 2300 oder 2600 Mark erhielten, würden den Jahresvergütungslohn von 2800 Mark erhalten. Das Gesetz zur Förderung der frühehe bringt ferner den großen Vorteil, daß verheiratete Schulaufsichtsbewerber nach Vollendung des fünften Vergütungsdiensjahres in der Grundvergütung über das Anfangsgrundgehalt (2800 Mk.) hinaus auf 3030 Mark, auf 3300 Mark und weiter können, auch wenn sie noch nicht endgültig angestellt sind. Daneben wie bisher Wohnungsvergütung, ärztlicher Sonderzuschlag, Kinderbeihilfen usw. Ledige Schulaufsichtsbewerber bleiben hingegen bis zur endgültigen Anstellung auf dem Jahreslohn von 2800 Mark stehen.

Auf dem Gebiet des Berufslehrlings bestimmt das neue Gesetz, daß verheiratete nichtplanmäßige vollbeschäftigte Lehrpersonen im ersten und zweiten Vergütungsdiensjahre eine Grundvergütung nach den Sätzen des 5. Vergütungsdiensjahres, von Beginn des dritten Vergütungsdiensjahres an eine Grundvergütung in Höhe des Anfangsgrundgehaltes der Besoldungsgruppe, in der sie bei regelmäßiger Abfassung ihrer Dienstverträge zuerst planmäßig angestellt werden, erhalten. In dieser Dienstaltersstufe verbleiben sie fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit rücken sie in gleicher Weise auf, wie wenn sie planmäßig angestellt wären.

Die Verhandlungen über Einführung einer ähnlichen Regelung in den anderen Ländern sind noch nicht abgeschlossen.

Nankings Fall.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

E. R. Berlin, 7. Dezember.

Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß der zweite Abschnitt der Kampfe in China, in dem es für die Japaner darum ging, die Hauptstadt in ihre Hand zu bringen, für sie ebenso erfolgreich verlaufen werde, wie der erste, dessen Ziel Shanghai war. Ueberraschen kann nur — und gerade im Vergleich mit der langen Dauer der ersten Operationen — die Schnelligkeit, womit die japanischen Truppen bis an und in die Mauern Nankings gedrungen sind. Entweder sind die chinesischen Nachrichten über die Vorbereitungen eines starken Widerstandes unter Einsatz neuer Truppen falsch gewesen, oder diese neuen Truppen haben sich schon beim Aufmarsch als so wenig tüchtig und zuverlässig erwiesen, daß die oberste Heeresleitung von ihnen zur Zeit nichts erhoffte. Das ist wahrscheinlich, denn die von europäischen Instrukturen ausgebildeten, gut ausgerüsteten Kerntruppen haben sich in ihrem tapferen Widerstand um Shanghai verblutet; vielleicht hätten sie dem Krieg — denn ein Krieg ist es auch ohne formelle Kriegserklärung — eine andere Wendung geben können, wenn die strategische Leitung nicht aus unbegreiflichen Gründen den japanischen Aufmarsch am Wuchang trotz ausichtsreicher Störungsmöglichkeiten ruhig hätte entwickeln lassen und auch später veräumt hätte, günstige Gelegenheiten zur Gegenoffensive auszunutzen. Was ihr jetzt noch zur Verfügung steht, sind aus verschiedenen Provinzen zusammengeraffte Haufen, schlecht ausgerüstet, uneinheitlich ausgebildet und im Gebrauch der — übrigens spärlich gewordenen — modernen Waffen ungeübt, zum Teil hohleweidlich verheert und ohne das Nationalgefühl, das auch in Ostasien für die Verteidigung des Vaterlandes unerlässlich ist und den Kerntruppen in hohem Grade zu eigen war. Angesichts dieser Mängel will es nicht viel besagen, wenn in chinesischen Meldungen von 300 000 Mann die Rede ist, die jetzt zum ersten Einsatz bereitstünden. Im Gegenteil, weniger wären mehr.

Angesichts der mit diesem der Zahl nach bedeutenden, dem Wert nach aber sehr fragwürdigen Geschehnisse etwa hundert Kilometer flussaufwärts neuer Widerstand geleistet werden. Das wurde auch für verschiedene Punkte auf dem Wege von Shanghai nach Nanking angekündigt, aber nicht ernsthaft ausgeführt; es liegt kein Grund für die Annahme vor, daß es jetzt anders werden könnte, viel näher liegt die andere, daß der Fall der Hauptstadt die Stimmung der Truppen und ihrer Leitung noch tiefer hinunterdrückt. Auch die Vermutung, daß dem fortgesetzten Rückzug der strategische Gedanke zugrunde liege, die Japaner noch tiefer ins Land zu locken und ihnen dadurch den Nachschub zu erschweren, steht auf recht schwachen Füßen. Nanking liegt an einem schiffbaren Strom, den die Japaner wie auch die Eisenbahnen und Verkehrswege jetzt in der Hand haben; sie haben sich bisher als Meister der Etappenorganisation bewährt, und schließlich bereiten heute hundert Kilometer hinter der Front nicht so viel Schwierigkeiten wie vor hundert Jahren deren ein knapps Dutzend.

So kann Marshall Tschiangkai-sche, der die Hauptstadt unmittelbar vor dem Eindringen japanischer Truppen weiträuflich verlassen hat, kaum noch auf Waffenglück hoffen. Aber auch die Hoffnung auf Intervention dieser oder jener Mächte ist schwach begründet, denn gerade die, auf die er am stärksten gebaut hat, verpöhlen wenig Neigung dazu, sich mit einem siegreichen Japan einem unterlegenen China zuliebe noch weiter zu verpflichten, als es ohnehin schon geschehen ist. Auf eine vertrauliche Anfrage Tschiangkai-sches an England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, ob er noch auf ihren Beistand rechnen könne, soll er wenig ermutigende Antworten erhalten haben. Die Intervention Sowjetrußlands aber dürfte ihm selbst wohl recht fragwürdig sein.

Inzwischen bemüht Japan, seine Stellung aus Tokio politisch zu erschüttern. Nach Meldungen aus Tokio beabsichtigt die dortige Regierung, der Kantingregierung die Anerkennung zu entziehen und an ihrer Stelle in Peking sich eine neue bilden zu lassen, die natürlich ganz unter japanischem Einfluß stünde. Damit aber würden neue weltpolitische Probleme aufsteigen, deren Lösung gar nicht abzusehen ist, um so weniger, als der vielgenannte Reunionsauschuss, der seine schützende Hand über China halten soll, soeben in Brüssel seine Unfähigkeit und Hilflosigkeit beläunzend bewiesen hat.

Eine weibliche Staatsjugend in Portugal.

DNB Lissabon, 9. Dezember.

Das portugiesische Erziehungsministerium veranlaßt am Mittwoch einen Erlaß über die Gründung einer Mädchenabteilung der portugiesischen Staatsjugend. Mädchen portugiesischer, der alle Mädchen zwischen sieben und vierzehn Jahren sowie die älteren Schülerinnen der Lizen angehörenden müssen. Die Leitung der Organisation liegt in den Händen des Ministeres der nationalen Erziehung. Als Aufgaben der Erziehungsarbeit werden angegeben charakteristische Ausbildung und Körperkultur sowie die Durchführung sozialer Hilfsarbeiten in der Liebe zu Gott, Vaterland und Familie. Die Organisation soll sofort ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Führerinnen sind vom Unterrichtsminister bereits ernannt.

Entwicklung der Schülerzahlen an den Landwirtschaftsschulen in Westfalen

